

Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. Gerd Landsberg
Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0

✉ dstgb@dstgb.de

Facebook facebook.com/dstgb

Twitter twitter.com/Gemeindebund

Instagram instagram.com/gemeindebund

Der DStGB: Eine starke Stimme

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.

Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.

Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.

Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.

Europa und Internationales

Kommunale Entwicklungspolitik

Die kommunale Entwicklungspolitik hat im Zuge der Agenda 2030 und der Implementierung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) immer mehr an Bedeutung gewonnen. Wie uns die Flüchtlingskrise 2015/2016, die Corona-Pandemie und zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eindrücklich vor Augen geführt haben, machen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht vor Grenzen halt und müssen dementsprechend, wie Klimawandel, Lebensmittelkrisen und Migrationsbewegungen auch global bewältigt werden. Der kommunalen Entwicklungspolitik kommt über eine stärkere internationale Vernetzung und einem ausgeprägteren Lernen voneinander dabei eine gewichtige Rolle zu.

Mittlerweile engagieren sich über 1000 Kommunen entwicklungspolitisch, Tendenz steigend. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender nationalistischer und populistischer Bedrohungen ist die kommunale Entwicklungspolitik als probates Mittel für die Stärkung von Multilateralismus und

Offenheit sowie deren lokaler Verankerung zu sehen.

Kommunale Entwicklungspolitik stärkt gesamtdeutsches Engagement

Die kommunale Entwicklungspolitik bietet dabei große Möglichkeiten, das gesamtdeutsche entwicklungspolitische Engagement zu stärken und diversifizieren. Durch ihre Nähe zur Bürgerschaft, Erfahrung in Kernthemen der Entwicklungspolitik wie der Grundversorgung oder auch ihrer wichtigen Rolle in der lokalen Verankerung von Demokratie und Rechtsstaat können die deutschen Kommunen wichtige entwicklungspolitische Impulse geben. In den letzten Jahren sind zur Unterstützung der Kommunen belastbare und professionelle Strukturen entstanden, die ausschlaggebend dafür sind, dass sich immer mehr Kommunen in der Entwicklungspolitik engagieren. Diese Strukturen sollten auch in Zukunft weiter gestärkt und wo nötig ausgebaut werden.

Kommunalentwicklungspolitische Kernforderungen

1. Stärkung von Kommunalpartnerschaften
2. Weltweite Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Finanzautonomie – Auch durch entsprechende Reformvereinbarungen auf Bundesebene mit Ländern des Globalen Südens
3. Fördermittel weiterhin notwendig, aber Verfahrensvereinfachung angezeigt
4. Niedrigschwellige entwicklungspolitische Angebote ausbauen
5. Berücksichtigung kommunaler Vertreter/innen auf Auslandsreisen der Bundesminister/innen
6. Einführung eines „Tages der kommunalen Entwicklungspolitik“
7. Fairen Handel fördern, aber keine Pflicht zu rein nachhaltiger Beschaffung

Mit ihrem Engagement für die Lösung globaler Herausforderungen leisten die Kommunen einen wertvollen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Weltgemeinschaft. Hierzu trägt auch eine zunehmende Zahl an kommunalen Unternehmen bei, die ihr besonderes Betriebs- und Organisationswissen zu Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur in die Entwicklungspolitik einbringen. Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang der im Jahr 2019 auf der 210. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder gefasste Beschluss zur Unterstützung des entwicklungspolitischen Engagements der Kommunen und ihrer Unternehmen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

Lokal handeln, global wirken

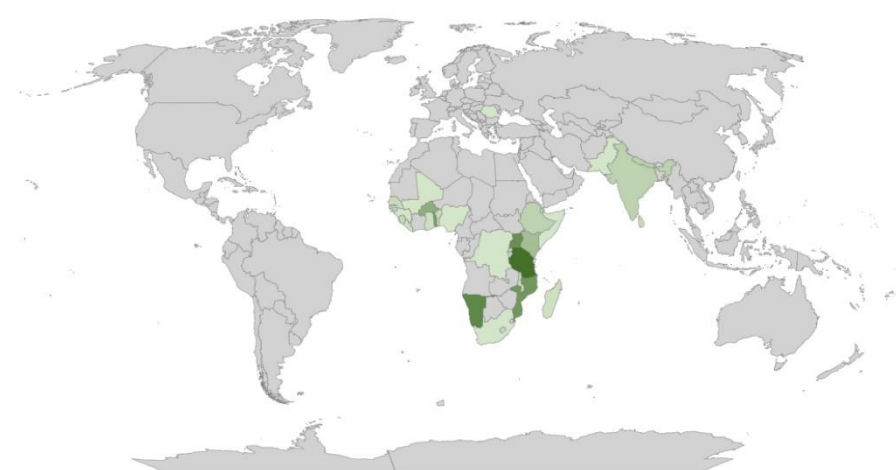
Kommunale Entwicklungspolitik beginnt zuallererst vor Ort in den Städten und Gemeinden. Insbesondere durch eine Förderung des fairen Handels und der Umsetzung der SDGs haben sich bereits zahlreiche Kommunen auf den Weg gemacht, gezielt globale Zusammenhänge in ihrer lokalen Politik zu berücksichtigen. Wie vielfältig die Maßnahmen vor Ort sein können, zeigt der als Leuchtturmprojekt ausgezeichnete DStGB-Kommunalsaisonkalender mit seinen 52 Aktionen zu Nachhaltigkeit, fairem Handel und Umweltschutz für die 52 Wochen des Jahres.

Der faire Handel ist ein wirkungsvolles entwicklungspolitisches Instrument, der zugleich durch eine stärkere Sensibilisierung der Problematik das Gemeinwesen vor Ort fördert. Als größter öffentlicher Auftraggeber können die Kommunen durch fairen Handel und fairer Beschaffung einen wichtigen Beitrag zur Förderung nachhaltiger Anbau- und Produktionsverfahren sowie der Einhaltung sozialer Mindeststandards leisten. Eine große Anzahl der deutschen Kommunen hat sich bereits auf den Weg gemacht, ihre Beschaffung nachhaltig und fair auszurichten. Dabei stoßen die Kommunen

und ihre Beschaffungsämter jedoch auf signifikante Herausforderungen. Zum einen wird die Identifizierung fairer und nachhaltiger Produkte durch die große Vielfalt und die zum Teil sehr unterschiedliche Qualität verschiedener Siegel erschwert. Zum anderen befindet sich der Markt für nachhaltige und faire Produkte noch im Wachstum, sodass der Bedarf der kommunalen

Spitzenverbänden ins Leben gerufene Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ an. Durch die breite Unterstützung in den Kommunen vor Ort wurden weltweit bereits über 200 Schulbauprojekte in 29 Ländern angestoßen und rund 7 Mio. Euro an privaten Spendengeldern für den Schulbau mobilisiert.

1000 SCHULEN FÜR UNSERE WELT VERTEILUNG DER ANGESTOßENEN SCHULBAUPROJEKTE



Anzahl der angestoßenen Schulbauprojekte je Land
Quelle & Grafik: 1000 Schulen für unsere Welt; 2023
© Australian Bureau of Statistics, GeoNames, Geonatural Data Ltd, Microsoft, NavInfo, OpenStreetMap, TomTom, Wikipedia
Unterstützt von BfG

len Beschaffung gar nicht durch das Angebot am Markt allein gedeckt werden könnte. Neben der Wahrung kommunaler Entscheidungsautonomie ist auch dies ein Grund, weshalb von einer Verpflichtung der Kommunen zu einer rein fairen bzw. nachhaltigen Beschaffung, zumindest auf absehbare Zeit, abzusehen ist. Vielmehr gilt es zunächst, eine weitere Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Siegel für Nachhaltigkeit und fairen Handel zu erreichen. Mobilisierungs- und Unterstützungsprogramme für faire und nachhaltige Beschaffung in den Kommunen sind gleichwohl fortzuführen und zu intensivieren.

Bildung ist die Schlüsselressource für wirtschaftliche und soziale Prosperität. In vielen Ländern des Globalen Südens sind die Schulgebäude jedoch in einem sehr schlechten Zustand bzw. gar nicht existent. Genau hier setzt die 2018 von den kommunalen

Die Städte und Gemeinden sind als bürgernächste staatliche Ebene wichtige Multiplikatoren und Kommunikatoren. Sie gehen auf ihre Bürgerschaft zu, entwickeln gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Projekte und unterstützen so das Verständnis für globale Zusammenhänge in der Bevölkerung. Darüber hinaus ist die gezielte Zusammenarbeit mit migrantischen Akteuren und Gruppen im Rahmen der kommunalen Entwicklungspolitik ein potentes Werkzeug für die Integration und zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und interkultureller Kompetenzen vor Ort.

Kommunale Partnerschaften stärken

Wie wichtig kommunale Partnerschaften sind, und im Umkehrschluss wie falsch die politische und finanzielle Vernachlässigung solcher Partnerschaften durch den Bund und die Europäische Union in der Vergangenheit

waren, haben eindrücklich die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine gezeigt. Zielgenaue Solidaritätsaktionen liefen genau dort am schnellsten an, wo bereits auf kommunale Partnerschaftsbeziehungen und damit ein breites Netzwerk an Akteuren vor Ort zurückgegriffen werden konnte. Schließlich kann über Verbindungen auf lokaler Ebene schneller ermittelt werden, welche Unterstützung am dringendsten benötigt wird.

Hier braucht es ein Umdenken und wieder eine stärkere Förderung und Würdigung solcher Partnerschaften. Mit dem Steinmeier-Mattarella-Preis werden deutsch-italienische Partnerschaften ausgezeichnet. Die Übernahme der Schirmherrschaft über deutsch-ukrainische Kommunalpartnerschaften durch die Präsidenten Selenskyj und Steinmeier würdigt ebenfalls die Partnerschaftsarbeit. Die Auslobung eines Preises für die kommunale Zusammenarbeit zwischen den Ländern ist hier analog zum Steinmeier-Mattarella-Preis ebenfalls sehr gut vorstellbar.

Positiv hervorzuheben ist, wie schnell es gelang über den Kleinprojektfonds der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) neue Kommunalpartnerschaften zwischen ukrainischen und deutschen Kommunen zu fördern. In einem nächsten Schritt gilt es Förderinstrumente zu schaffen, die eine langfristige Partnerschaftsarbeit fördern und würdigen. Dies gilt explizit nicht nur für deutsch-ukrainische Kommunalpartnerschaften, sondern grundsätzlich für die gesamte kommunale Partnerschaftsarbeit.

Dass von Solidaritätspartnerschaften zwischen Kommunen abgesehen der Trend zunächst in Richtung konkreter Projektpartnerschaften geht, ist nachvollziehbar und auch nicht falsch. Es ist sinnvoll, wenn Kommunen zunächst zu einem bestimmten Thema (Klima, Energie, Urbanisierung etc.) eng zusammenarbeiten und sich vertiefend kennenlernen. Auf die dann bestehenden Verbindungen sollte jedoch

KOMMUNALPARTNERSCHAFTEN deutscher Kommunen



aufgebaut und perspektivisch, sofern bisherige Erfahrungen positiv waren, eine „echte“ Kommunalpartnerschaft angestrebt werden.

Fördermittel wichtig - Verfahren vereinfachen

Die kommunale Entwicklungspolitik ist keine Pflicht-, sondern eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Hieran ist auch in Zukunft festzuhalten. Schließlich macht genau dies kommunale Selbstverwaltung aus. Ob und in welcher Intensität eine Kommune entwicklungspolitisch aktiv wird, muss der politischen Entscheidung vor Ort obliegen. Folglich engagiert sich eine Kommune auch nur dann entwicklungspolitisch, wenn eigenes Interesse besteht, was in der Regel die Dauerhaftigkeit und die Krisenresistenz des Engagements befördert.

Die finanziellen und personellen Spielräume der Kommunen sind gleichwohl äußerst begrenzt, sodass mit der Freiwilligkeit auch ein besonderer Bedarf an externer Finanzierung mit einhergeht. Hier ist an erster Stelle der Bund gefragt, der mit der an Engagement Global andockten SKEW die Kommunen umfassend berät sowie eine Vielzahl an Förderprogrammen auflegt.

Wie bei anderen Förderprogrammen auch, ist vor allem für kleinere Kommunen der administrative Aufwand für die Beantragung von Fördermitteln und in der Folge die Berichterstattung über die Verwendung der Mittel spürbar zu aufwendig. Um noch mehr Kommunen für ein Engagement in der Entwicklungspolitik zu begeistern, bedarf es daher einer weiteren Entbürokratisierung der Förderung. Eine vollständige Digitalisierung des Antragsprozesses sowie eine KI-unterstützte Begleitung bzw. automatische Vorausfüllung können hier sicherlich einen wichtigen Beitrag leisten.

Hervorzuhebende Programme mit einer großen Breitenwirkung sind die Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen (sog. KEpol) sowie der Kleinprojektfonds. Beide sind fortzuführen. Zu prüfen ist, inwieweit eine (mehrmalige) Folgeförderung sinnvoll sein kann.

Mit Blick auf die begrenzten Kapazitäten kleinerer Gemeinden - sowohl finanziell wie vor allem auch personell - kann die Durchführung eines gemeinsamen entwicklungspolitischen Projektes durch mehrere Gemeinden

zielführend sein. Auch eine stärkere administrative und organisatorische Unterstützung durch den jeweiligen Landkreis kann einen gangbaren Weg darstellen.

Kommunale Selbstverwaltung und Finanzautonomie

In Deutschland genießen die Kommunen ein umfangreiches Selbstverwaltungsrecht. Kommunale und lokale Angelegenheiten werden vor Ort angegangen. Diese Zuständigkeit und Selbstverantwortung ist in Deutschland ein Garant für Stabilität. Zudem ist sie ein Exportschlager der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Eine wachsende Zahl der Länder des Globalen Südens öffnen ihre zentralistisch orientierten Systeme und sprechen den Kommunen zunehmend mehr Aufgaben und Pflichten zu. Damit die internationale kommunale Zusammenarbeit weiterhin auf fruchtbaren Boden fällt, gilt es den Trend zur kommunalen Selbstverwaltung weltweit zu stärken.

Wenn Partnerkommunen in Ländern des Globalen Südens in ihren kommunalen Aufgaben gestärkt werden, werden der Austausch über die Bewältigung dieser Aufgaben und das Ziel der Zusammenarbeit auf Augenhöhe gestärkt. Gerade die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verfolgten Reformpartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens bergen für die Förderung der kommunalen Selbstverwaltung großes Potential. Wenn den Kommunen der Länder des Globalen Südens im Zuge der Reformpartnerschaften ein größeres Maß an Selbstverwaltung zugesprochen wird, kann die jahrzehntelange Erfahrung deutscher Kommunen in der Selbstverwaltung bestmöglich eingesetzt werden. Als unterstützende Maßnahme bietet

sich zudem an, die kommunale Ebene zukünftig stärker in die Kommunikation des BMZ mit den Partnerländern einzubeziehen.

Würdigung entwicklungspolitisches Engagement von Kommunen

Bund, Länder und EU erkennen mittlerweile die Bedeutung der Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der Erreichung der SDGs an. Zudem ist die in Deutschland grundgesetzlich abgesicherte kommunale Selbstverwaltung ein wichtiger Faktor für soziale und wirtschaftliche Prosperität. Das Interesse in reformoffenen Ländern des Globalen Südens ist daher groß, ihren Kommunen ebenfalls mehr Autonomie zuzugestehen. Der Weg dorthin ist aber meist steinig und lang.

In diesem Zusammenhang ist es unweigerlich als äußerst zielführend anzusehen, wenn Kommunalvertreter/innen künftig zumindest bei größeren Ministerreisen des BMZ und des Auswärtigen Amtes Bestandteil der Delegation sind. Dass dies häufig nur ein Privileg für Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen ist, ist wenig nachvollziehbar.

Damit sich mehr Kommunen für ein Engagement in der Entwicklungspolitik entscheiden, sind weitere niedrigschwellige Angebote und Formate notwendig. Positiv hervorzuheben sind hier die vom BMZ ernannten ehrenamtlichen Botschafterinnen und Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik. Sie zeichnen sich unter anderem durch eine umfangreiche Expertise zur Agenda 2030 sowie praktische Erfahrung bei der Implementierung kommunaler Entwicklungspolitik in der eigenen Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft aus. Zum einen würdigt das BMZ so die bisherige entwicklungspolitische Arbeit der

Botschafterinnen und Botschafter und zum anderen können die Botschafter/innen zugleich dazu beitragen, noch mehr Kommunen für die Entwicklungspolitik zu sensibilisieren und zu motivieren.

Eine weitere Möglichkeit zur stärkeren Würdigung entwicklungspolitisch engagierter Kommunen wäre die Einführung eines „Tages der kommunalen Entwicklungspolitik“ ähnlich zu den bekannten Gedenktagen der Vereinten Nationen. Dieser Tag würde ganz im Zeichen des großen kommunalen Engagements in der Welt stehen und zudem einen wichtigen Beitrag zu einer weiteren Sensibilisierung der Bevölkerung und der Kommunen in Bezug auf die kommunale Entwicklungspolitik leisten.



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Mitgliedsverbände

Bayerischer Gemeindetag | Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz | Gemeinde- und Städtebund Thüringen | Gemeindetag Baden-Württemberg | Hessischer Städte- und Gemeindebund | Hessischer Städtetag | Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund | Niedersächsischer Städtetag | Saarländischer Städte- und Gemeindetag | Sächsischer Städte- und Gemeindetag | Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag | Städte- und Gemeindebund Brandenburg | Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen | Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt | Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern | Städteverband Schleswig-Holstein | Städtetag Rheinland-Pfalz